



*Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit*

2017/2272(INI)

1.3.2018

ENTWURF EINES BERICHTS

über Klimaschutzdiplomatie
(2017/2272(INI))

Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und
Lebensmittelsicherheit

Berichterstatter: Arne Lietz, Jo Leinen

(Gemeinsames Ausschussverfahren – Artikel 55 der Geschäftsordnung)

INHALT

| | Seite |
|--|--------------|
| ENTWURF EINER ENTSCHESSUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS | 3 |
| BEGRÜNDUNG | 9 |

ENTWURF EINER ENTSCHEIDUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

zur Klimaschutzdiplomatie (2017/2272(INI))

Das Europäische Parlament,

- gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV), insbesondere die Artikel 21, 191, 192, 220 und 221,
- unter Hinweis auf die Agenda 2030 der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung und die Ziele für nachhaltige Entwicklung,
- unter Hinweis auf das Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC) und das Kyoto-Protokoll hierzu,
- unter Hinweis auf das Übereinkommen von Paris (Beschluss 1/CP.21), die 21. Konferenz der Vertragsparteien (COP21) des UNFCCC sowie die 11. Konferenz der Vertragsparteien als Tagung der Vertragsparteien des Kyoto-Protokolls (CMP11) vom 30. November bis 11. Dezember 2015 in Paris,
- unter Hinweis auf die 22. Konferenz der Vertragsparteien (COP22) des UNFCCC und die erste Konferenz der Vertragsparteien als Tagung der Vertragsparteien des Übereinkommens von Paris (CMA1) vom 15. November bis 18. November 2016 in Marrakesch (Marokko),
- unter Hinweis auf seine Entschließung vom 6. Oktober 2016 zur Umsetzung des Pariser Übereinkommens und zur Konferenz der Vereinten Nationen über Klimaänderungen 2016 in Marrakesch (Marokko) (COP22)¹,
- unter Hinweis auf seine Entschließung vom 4. Oktober 2017 zu der UN-Klimakonferenz 2017 in Bonn, Deutschland (COP23)²,
- unter Hinweis auf die Mitteilung der Kommission vom 20. Juli 2016 mit dem Titel „Beschleunigung des Übergangs Europas zu einer CO₂-armen Wirtschaft“ (COM(2016)0500),
- unter Hinweis auf die Mitteilung der Kommission vom 16. April 2013 mit dem Titel „Eine EU-Strategie zur Anpassung an den Klimawandel“ (COM(2013)0216),
- unter Hinweis auf den vom Rates „Auswärtige Angelegenheiten“ angenommenen Aktionsplan für Klimadiplomatie 2015,
- unter Hinweis auf die Schlussfolgerungen des Rates „Auswärtige Angelegenheiten“ vom 6. März 2017 und vom 19. Juni 2017,
- unter Hinweis auf die Schlussfolgerungen der Tagung des Europäischen Rates vom

¹ Angenommene Texte, P8_TA(2016)0383.

² Angenommene Texte, P8_TA(2017)0380.

22. Juni 2017,

- unter Hinweis auf die Schlussfolgerungen des Rates vom 26. Februar 2018 zur Klimadiplomatie,
 - unter Hinweis auf die Mitteilung des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) von Juni 2016 über eine Globale Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union und die gemeinsame Mitteilung der Kommission und des EAD vom 7. Juni 2017 mit dem Titel „Ein strategisches Konzept für Resilienz im Rahmen des auswärtigen Handelns der EU“ (JOIN(2017)0021),
 - unter Hinweis auf die Stellungnahme des Europäischen Ausschusses der Regionen vom 9. Februar 2017 mit dem Titel „Auf dem Weg zu einer neuen EU-Strategie zur Anpassung an den Klimawandel: ein integrierter Ansatz“,
 - unter Hinweis auf die Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses vom 26. April 2016 mit dem Titel „Wie geht es weiter nach Paris?“¹,
 - unter Hinweis auf seine EntschlieÙung vom 13. Dezember 2017 zu dem Jahresbericht über die Umsetzung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik²,
 - unter Hinweis auf seine EntschlieÙung vom 16. Januar 2018 zu Frauen, die Gleichstellung der Geschlechter und Klimagerechtigkeit³,
 - unter Hinweis auf die Enzyklika „Laudato Si“ von Papst Franziskus über die Sorge für das gemeinsame Haus,
 - gestützt auf Artikel 52 seiner Geschäftsordnung,
 - unter Hinweis auf die gemeinsamen Beratungen des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten und des Ausschusses für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit gemäß Artikel 55 der Geschäftsordnung,
 - unter Hinweis auf den Bericht des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten sowie des Ausschusses für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (A8-0000/2018),
- A. in der Erwägung, dass die Folgen des Klimawandels sich immer stärker auf verschiedene Lebensbereiche sowie die Weltordnung und die geopolitische Stabilität auswirken; in der Erwägung, dass Klimadiplomatie als Form der gezielten Außenpolitik zur Förderung von Klimapolitik verstanden werden kann, die durch das Zusammenwirken mit anderen Akteuren und die Kooperation mit diesen in bestimmten klimabezogenen-Themen, den Aufbau strategischer Partnerschaften und die Stärkung von Beziehungen zu staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren dazu beiträgt, die Folgen des Klimawandels zu mildern;
- B. in der Erwägung, dass die EU einer der führenden Akteure in der Klimapolitik ist und in

¹ ABl. C 487 vom 28.12.2016, S. 24.

² Angenommene Texte, P8_TA(2017)0493.

³ Angenommene Texte, P8_TA(2018)0005.

internationalen Klimaverhandlungen ihre Vorreiterrolle bekräftigt hat; in der Erwägung, dass die EU sich der Klimadiplomatie bedient hat, um strategische Bündnisse mit relevanten Interessengruppen zu knüpfen zum Zwecke des gemeinsamen Kampfes gegen den Klimawandel als Schlüsselement nachhaltiger Entwicklung und präventiven Handels gegen klimawandelbedingte Gefahren;

- C. in der Erwägung, dass die Klimadiplomatie der EU von zentraler Bedeutung für den Abschluss des Pariser Übereinkommens war und der klimadiplomatische Ansatz der EU seitdem ausgebaut worden ist; in der Erwägung, dass die Klimapolitik im Rahmen der Globalen EU-Strategie in die Außen- und Sicherheitspolitik integriert wurde und die Verbindung zwischen Energie und Klima, Sicherheit und Anpassung an den Klimawandel sowie Migration gestärkt wurde;
- D. in der Erwägung, dass der Kampf gegen den Klimawandel in diplomatischen Dialogen und Initiativen zum strategischen Schwerpunkt erhoben werden sollte, damit die diesbezüglichen Ziele erreicht werden können; in der Erwägung, dass das Parlament aktiv zum Prozess beiträgt und sowohl seine Gesetzgebungskompetenz als auch seinen politischen Einfluss nutzt, um den Klimawandel stärker in Entwicklungsmaßnahmen und die Entwicklungshilfe und zahlreiche weitere Bereiche der EU-Politik wie Landwirtschaft, Fischerei, Energie, Forschung und Handel zu integrieren;
- 1. weist darauf hin, dass die Folgen des Klimawandels spürbare Auswirkungen auf unterschiedliche Lebensbereiche, den Frieden und die Sicherheit haben und dass diese Folgen für die EU-Bürger immer stärker spürbar und für die internationale Gemeinschaft immer problematischer werden; unterstreicht die zunehmende Dringlichkeit von Klimaschutzmaßnahmen und die Tatsache, dass die Bekämpfung des Klimawandels gemeinsames Handeln auf internationaler Ebene erfordert und eine gemeinsame Verantwortung für den gesamten Planeten für jetzige wie für künftige Generationen darstellt;

Umsetzung des Pariser Übereinkommens und der Agenda 2030

- 2. bekräftigt das Engagement der EU für das Pariser Übereinkommen und die Agenda 2030 der VN, einschließlich der Ziele für nachhaltige Entwicklung, und betont die Notwendigkeit, das Pariser Übereinkommen und die Ziele für nachhaltige Entwicklung sowohl in der EU als auch weltweit umzusetzen, um eine nachhaltigere Wirtschaft und Gesellschaft zu schaffen; bekräftigt die Notwendigkeit einer ehrgeizigen EU-Klimapolitik und seine Bereitschaft, den bestehenden national festgelegten Beitrag für 2030 zu verbessern sowie die Notwendigkeit zur zeitnahen Ausarbeitung einer langfristigen Strategie für 2050;
- 3. weist darauf hin, dass die Ankündigung des US-Präsidenten zum Ausstieg seines Landes aus dem Pariser Übereinkommen der EU die Möglichkeit gibt und ihre Verpflichtung bekräftigt, bei Klimaschutzmaßnahmen eine Vorreiterrolle einzunehmen und ihre klimadiplomatischen Bemühungen zu verstärken, um ein starkes Bündnis von Ländern und Akteuren zu schaffen, das die Ziele zur Begrenzung der Erderwärmung auf deutlich unter 2° C und die Fortführung der Bemühungen zur Begrenzung des Temperaturanstiegs auf 1,5° C auch künftig unterstützt und dazu beiträgt;
- 4. ist der Ansicht, dass die Abschwächung des Klimawandels und die Entwicklung hin zu

einer emissionsarmen Wirtschaft zu mehr Frieden und Sicherheit sowohl innerhalb als auch außerhalb der EU beitragen wird, da der Klimawandel bestehende Instabilitäten und Konflikte oft verstärkt und sogar zu verstärkten Migrationsströmen führt, die durch einen Ressourcenmangel und fehlende wirtschaftliche Möglichkeiten sowie durch eine Verschlechterung der Lebensbedingungen zustande kommen;

Stärkung der klimadiplomatischen Fähigkeiten der EU

5. unterstreicht, wie wichtig es ist, dass die EU in allen internationalen Gremien mit einer einzigen Stimme spricht, und fordert die Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik und die Kommission dazu auf, gemeinsame Bemühungen der EU zu koordinieren, um ihr Engagement bei der Umsetzung des Pariser Übereinkommens sicherzustellen; besteht auf der Notwendigkeit, eine umfassende EU-Strategie zur Klimadiplomatie auszuarbeiten und die Klimapolitik in alle Bereiche der EU-Außenpolitik zu integrieren, einschließlich Handel, Entwicklungszusammenarbeit, humanitäre Hilfe, Sicherheit und Verteidigung;
6. fordert eine stärkere Einbindung des Parlaments und ein jährliches Verfahren, das von der Kommission und dem EAD initiiert und in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten umgesetzt wird, zur Bestimmung der wichtigsten Schwerpunkte für die Klimadiplomatie der EU im jeweiligen Jahr und die Vorlage konkreter Empfehlungen für die Schließung von Kapazitätslücken;
7. drückt seinen Wunsch aus, einen Prozess in Gang zu setzen und durch regelmäßige Berichte zu den klimadiplomatischen Maßnahmen der EU und deren Ergebnisse sowie ihrer Mängel zu diesen Bemühungen beizutragen;
8. verpflichtet sich, seine internationale Rolle und seine Mitgliedschaft in internationalen Parlamentsnetzwerken besser zu nutzen und seine Tätigkeiten zum Klimaschutz in der Arbeit seiner Delegationen sowie durch Delegationsreisen, insbesondere der Ausschüsse ENVI und AFET, und auf europäischen und internationalen interparlamentarischen Treffen sowie bei Dialogplattformen mit nationalen Parlamenten und subnationalen/nichtstaatlichen Akteuren und der Zivilgesellschaft zu verstärken;
9. ersucht um eine Zuteilung personeller und finanzieller Ressourcen innerhalb des EAD und der Kommission, welche das verstärkte Engagement für die Klimadiplomatie widerspiegelt; fordert den EAD auf, bei Treffen von EU-Delegationen mit Ansprechpartnern von Drittstaaten sowie internationalen und regionalen Organisationen das Thema Klimadiplomatie auf die Tagesordnung zu setzen und bei der Arbeit jeder EU-Delegation in Drittländern den klimadiplomatischen Bemühungen strategische Bedeutung beizumessen und diese entsprechend mit den Vertretungen der Mitgliedstaaten abzustimmen; fordert daher, dass neu geschaffene gemischte Stellen in den EU-Delegationen vermehrt mit Klimaexperten besetzt werden;
10. fordert den EAD und die Kommission auf, innerhalb von zwölf Monaten nach der Annahme dieses Berichts und unter Berücksichtigung des Ansatzes des Parlaments, der in diesem Dokument dargelegt wird, eine gemeinsame Mitteilung herauszubringen, in der ihr Verständnis der EU-Klimadiplomatie sowie ein strategischer Ansatz für entsprechende Maßnahmen der EU im Bereich Klimadiplomatie dargelegt werden;

Der Kampf gegen den Klimawandel als Anstoß für internationale Zusammenarbeit

11. unterstreicht, dass die EU in internationalen Organisationen und Foren (wie VN, UNFCCC, Hocharrangiges-Politisches Forum für Nachhaltige Entwicklung (HLPF), NATO, die Internationale Zivilluftfahrtorganisation (ICAO), die Internationale Seeschifffahrts-Organisation (IMO) sowie G7 und G20) eine aktive Rolle einnehmen und eng mit regionalen Organisationen (wie der Afrikanischen Union (AU), der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS), dem Verband Südostasiatischer Nationen (ASEAN) und MERCOSUR) zusammenarbeiten muss, um globale Partnerschaften zu stärken und die Umsetzung des Pariser Übereinkommens und der Nachhaltigkeitsziele sicherzustellen, während gleichzeitig Strukturen der multilateralen Zusammenarbeit geschützt, gestärkt und ausgebaut werden müssen; stellt fest, dass das Thema Klima sich als Ansatzpunkt für diplomatische Beziehungen zu Partnern eignet, mit denen es an anderer Stelle umstrittene Punkte gibt – dies bietet wiederum eine Chance zur Förderung von Stabilität und Frieden;
12. fordert die Kommission auf, das Thema Klimawandel in internationalen Handels- und Investitionsabkommen zu berücksichtigen und Finanzinstrumente und -programme zu optimieren, um für Kohärenz und eine höhere Wirksamkeit der EU-Klimapolitik zu sorgen; empfiehlt die Ausarbeitung und systematische Einfügung einer grundsätzlichen Klimawandelklausel in internationale Abkommen mit Partnern, die das Pariser Übereinkommen unterzeichnet haben, um den Europäischen und internationalen Prozess zur CO₂-Reduzierung zu unterstützen;
13. unterstützt das nachhaltige und aktive Engagement der EU in der Koalition der hohen Ambitionen (HAC) und in der Arbeit mit den Mitgliedstaaten, um Entschlossenheit hinsichtlich der sinnvollen Umsetzung des Pariser Übereinkommens, des Abschlusses ihres Regelwerks im Jahr 2018 und eines erfolgreichen Abschlusses des Talanoa-Dialogs auf der COP24 zu demonstrieren, der weitere Staaten dazu motivieren soll, sich diesen Bemühungen anzuschließen und in den kommenden Jahren eine Gruppe von Klima-Vorreitern zu schaffen;
14. hebt die Verantwortung der EU und anderer Industriestaaten hervor, sich solidarischer mit jenen schwachen Staaten und Entwicklungsländern zu zeigen, die am stärksten von den Folgen des Klimawandels betroffen sind, und ihnen fortlaufende Hilfe für die Behebung klimawandelbedingter Schäden zu leisten sowie Anpassungsmaßnahmen und Resilienz durch finanzielle Unterstützung und Kapazitätsaufbau zu verbessern; fordert die Mitgliedstaaten auf, insbesondere durch Zusammenarbeit im Rahmen der NDC-Partnerschaften, die Entwicklungsländer in ihren Bemühungen zu unterstützen, ihre Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen zu verringern und sich zu Gesellschaften mit geringen CO₂-Emissionen zu entwickeln;
15. empfiehlt, dass die EU ihre strategische Zusammenarbeit mit Schwellenländern ausbaut, die einen erheblichen Einfluss auf die Erderwärmung haben, aber auch klimapolitisch entschlossen sind; fordert die EU auf, spezielle Diskussionsplattformen zur Klima- und Nachhaltigkeitspolitik bei hochrangigen Ministertreffen zu schaffen; fordert die EU auf, Partnerschaften für CO₂-Märkte über Europas Grenzen hinaus aufzubauen;
16. fordert den EAD, die Kommission und die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, strategische Dialoge mit fossile Brennstoffe exportierenden Ländern in der weiteren

Nachbarschaft der EU bezüglich einer kohlenstofffreien Energiezusammenarbeit und Modellen für eine kohlenstofffreie Wirtschaftsentwicklung aufzunehmen, um Frieden, Sicherheit und Wohlergehen der Menschen in Europa und weltweit zu fördern;

Die strategischen Partner der EU

17. hält es für wichtig, dass die EU ihre Bemühungen zur Wiedereinbindung der USA in die multilaterale Zusammenarbeit aufrecht erhält, und weist darauf hin, dass sich in den Brexit-Verhandlungen und im künftigen Verhältnis zum Vereinigten Königreich die Notwendigkeit zur fortlaufenden Zusammenarbeit im Bereich Klimadiplomatie widerspiegelt;
 18. fordert die EU auf, die Beziehungen zu lokalen und regionalen Behörden in Drittländern weiter zu stärken, um die themenbezogene Zusammenarbeit zwischen Städten und Regionen innerhalb und außerhalb der EU zu fördern; weist auf die Rolle hin, die EU-Delegationen in diesem Zusammenhang in Drittstaaten spielen können;
 19. fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, ihre Verbindungen zur Zivilgesellschaft zu stärken und Synergien mit der Wissenschaft, Nichtregierungsorganisationen, nicht-traditionellen Akteuren und der Privatwirtschaft zu schaffen, um Exportstrategien für Klimatechnologien zu entwickeln und den Technologietransfer und den Kapazitätsaufbau in Drittländern zu fördern;
-
- ◦
20. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschließung dem Rat, der Vizepräsidentin der Kommission und Hohen Vertreterin der Union für die Außen- und Sicherheitspolitik, der Kommission, dem Europäischen Auswärtigen Dienst und zur Kenntnisnahme der Generalversammlung der Vereinten Nationen sowie dem Generalsekretär der Vereinten Nationen zu übermitteln.

BEGRÜNDUNG

Klimadiplomatie als strategische Priorität der EU-Außenpolitik

2015 wurde in Paris ein allgemeines Klimaübereinkommen erzielt und die Agenda 2030 verabschiedet, in deren Zentrum die Ziele für nachhaltige Entwicklung stehen – dies war ein großer Erfolg für den globalen Wandel hin zu einer nachhaltigeren Gesellschaft mit niedrigen CO₂-Emissionen. Beide Erfolge können auch als Beispiele für gelungenen Multilateralismus gesehen werden. Insbesondere das Pariser Übereinkommen wurde durch gemeinsame diplomatische Bemühungen der EU und des französischen Vorsitzes ermöglicht. Für die Zukunft lautet die Herausforderung, das Übereinkommen in die Tat umzusetzen, bei den anstehenden UN-Klimakonferenzen Regeln und Verfahren für diesen Prozess zu schaffen und das internationale Engagement für die Klimapolitik aufrecht zu erhalten.

Dies verdeutlicht, wie wichtig es ist, das Thema Klima auf die Tagesordnung außenpolitischer Organe und Akteure zu setzen. Schwerwiegende Folgen des Klimawandels sind in der ganzen Welt zu spüren und müssen deshalb eine strategische Priorität in den internationalen diplomatischen Beziehungen sein. Da klimabezogene Entwicklungen sich auf die geopolitische Stabilität sowie auf die Nahrungsmittel- und Wasserversorgung und damit auf die regionale Sicherheit der betroffenen Menschen und die Migrationsströme auswirken, muss das Thema auf allen Ebenen und in allen Bereichen der Außenpolitik und der Diplomatie behandelt werden.

Deshalb haben der Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten und der Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit diesem Thema einen gemeinsamen Bericht gewidmet und Empfehlungen für künftige Maßnahmen der EU im Bereich Klimadiplomatie vorgelegt. Der Bericht bildet den Grundstein für das künftige Engagement der Ausschüsse des Parlaments und insbesondere des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten und des Ausschusses für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit für die Klimadiplomatie und setzt das Europäische Parlament als einen außenpolitischen Akteur auf diesem Gebiet.

Als Beitrag zu dem Prozess, die internationale Rolle der EU in der Klimadiplomatie passgenau und gemäß dem in der globalen EU-Strategie festgelegten außenpolitischen Ansatz auf die EU genau festzulegen, werden in diesem Bericht die erforderlichen Strukturen, strategischen Partner und thematischen Pfade für die EU-Klimadiplomatie dargestellt und damit die Ausarbeitung einer umfassenden Zukunftsstrategie für die EU unterstützt.

Gründe für eine Vorreiterrolle der EU: Ausarbeitung einer Agenda der Klimadiplomatie für die EU

Angesichts der zunehmenden Dringlichkeit von Klimaschutzmaßnahmen und der Notwendigkeit einer energischen Umsetzung des Pariser Übereinkommens muss die EU ihre Bemühungen in der Klimadiplomatie intensivieren. Klimaschutz und die Bekräftigung von politischem Engagement sind ständige Aufgaben. In diesem Zusammenhang ist eine Vorreiterrolle der EU beim Klimaschutz wichtiger denn je. In einer entsprechenden Agenda sollte klar darlegt werden, wie die Zusammenarbeit mit alten und neuen Partnern – sei es im Rahmen internationaler Gremien, mit Regierungen oder mit nichtstaatlichen Akteuren – aussehen soll.

Die Vorreiterrolle nach außen gilt es durch eine handfeste Klimapolitik im Inneren zu ergänzen. Um sich als glaubwürdiger Akteur zu etablieren, muss die EU das Pariser Übereinkommen konsequent und unter Anwendung eines eindeutigen Überprüfungsmechanismus umsetzen. Trotz der Verabschiedung zentraler EU-Klimaschutzgesetze für das nächste Jahrzehnt sind weitere Maßnahmen erforderlich. Die EU sollte sich gewissenhaft auf den Talanoa-Dialog 2018 und die Klimakonferenz im polnischen Katowice (COP24) vorbereiten, einschließlich konkreter Vorschläge zur Intensivierung der eigenen Klimaschutzmaßnahmen. Die EU und insbesondere ihre Mitgliedstaaten müssen für eine Verbesserung des bestehenden national festgelegten Beitrags (NDC) der EU für 2030 bereit sein und sich alle fünf Jahre an einer globalen Bestandsaufnahme beteiligen, bei der ihre Gesetze und Maßnahme zum Klimaschutz einer Überprüfung unterzogen werden. Der aktuelle Vorschlag für eine nachhaltige Finanzwirtschaft, die Debatte zur allmählichen Abschaffung von Subventionen für schädliche fossile Brennstoffe und die Aufstellung des künftigen mehrjährigen Finanzrahmens der EU sollten zusätzlich Anlass zur Integration klimabezogenen Engagements auf EU-Ebene bieten.

Die EU sollte zeigen, dass sie Verpflichtungen aus dem Pariser Übereinkommen zeitnah erfüllt. Die Kommission sollte sich deshalb mit dem Europäischen Parlament und den Mitgliedstaaten über die Ausarbeitung einer angepassten langfristigen EU-Strategie für Emissionsarmut für den Zeitraum bis zu Mitte des Jahrhunderts beraten, bei der die Ergebnisse des kommenden Sonderbericht des IPCC berücksichtigt werden.

Ein gemeinsames Unterfangen: Die Verbesserung der Strukturen für die Klimadiplomatie der EU

Angesichts der immer größer werdenden Komplexität und Herausforderungen des globalen Klimaschutzes muss die Klimadiplomatie der EU professionalisiert und gestärkt sowie besser koordiniert und kohärenter gestaltet werden. In Anerkennung des komplexen mehrschichtigen Regierungssystems der EU sollten sämtliche EU-Institutionen zusammen mit den Mitgliedstaaten in die Entwicklung und Förderung der Klimadiplomatie und Klimamaßnahmen der EU eingebunden werden.

Obwohl die Kommission und der Europäische Auswärtige Dienst (EAD) in den letzten Jahren bereits zentrale Akteure der Klimadiplomatie der EU waren, gilt es, ihre koordinierende Rolle in der Zukunft noch weiter zu stärken. Im Bereich Klimadiplomatie kann die EU auf der Erfahrung bei der Verstärkung und Koordinierung der diplomatischen Kapazitäten vor dem Pariser Klimagipfel aufbauen und diese weiter in Richtung eines strategischeren Ansatzes ausbauen.

Dies bedeutet, dass das Klima nicht nur in der Außenpolitik ein wichtigeres Thema wird, sondern dass auch andere Bereiche der EU-Politik mit externer Dimension, wie etwa Handel, Investitionen und Entwicklungshilfe, an den Zielen des Pariser Übereinkommens und an den Zielen für nachhaltige Entwicklung ausgerichtet werden müssen. Neben einer kohärenten Politik sollte sich auch in konkret ergriffenen Maßnahmen ein strategischerer Ansatz im Bereich Klimadiplomatie widerspiegeln. Die Hohe Beauftragte sollte zusammen mit der Kommission gemeinsame Bemühungen der EU um eine Strategie zur Klimadiplomatie der EU ausarbeiten. Dazu sollten die Prioritäten, zentralen Ansprechpartner und wichtigen Anlässe, die als Anknüpfungspunkt genutzt werden können, z. B. Konferenzen, hochrangige Ministertreffen oder informelle Anlässe, festgelegt werden.

Zur Umsetzung einer gezielten Klimadiplomatie sollten Kommission und EAD mit den erforderlichen finanziellen und personellen Ressourcen ausgestattet werden. Kapazitätslücken

in der Generaldirektion Klimapolitik (GD CLIMA) der Kommission sowie im EAD müssen ermittelt und entsprechend geschlossen werden. Beide Teams sollten weiter eng zusammenarbeiten, um auch weiterhin ein geschlossenes Auftreten der EU in internationalen Gremien zu gewährleisten.

Damit der EAD über seine Delegationen in Drittstaaten gegenüber den Vertretungen der Mitgliedstaaten eine stärker koordinierende Rolle einnehmen kann, muss mehr Personal für Klimafragen eingestellt werden beziehungsweise müssen die EAD-Vertretungen mit mehr gemischten Stellen mit Klimabezug ausgestattet werden. Außerdem sollten die Delegationen einen angemessenen Teil ihres Budgets für klimabezogene Maßnahmen wie Konferenzen, Studien und Sensibilisierungskampagnen aufwenden. Die Bemühungen auf EU-Ebene sollten durch eine regelmäßige und vertrauensvolle Abstimmung der zuständigen Beamten in den Ministerien der Mitgliedstaaten ergänzt werden.

Das Europäische Parlament als diplomatischer Fürsprecher für Klimapolitik

Das Europäische Parlament sollte in der Klimadiplomatie der EU eine aktivere Rolle einnehmen und mit politischen Anstößen und seinen Kapazitäten beitragen. Das Parlament sollte regelmäßig Empfehlungen zu strategischen Prioritäten der EU-Klimadiplomatie formulieren, welche durch Rat, EAD und Kommission bei der Ausarbeitung der EU-Strategie zu berücksichtigen sind.

Darüber hinaus tritt das Parlament mit seinen offiziellen Delegationen für Beziehungen zu Drittstaaten und parlamentarischen Versammlungen selbst als außenpolitischer Akteur auf. Besuche der Ausschüsse sowie Formate wie interparlamentarische Sitzungen bilden einen vielversprechenden Rahmen für den gegenseitigen Austausch.

Diese Strukturen sollten effektiver und auf strukturierte Weise genutzt werden. Relevante Ausschüsse sollten bei Besuchen sämtliche Fragen, die sich auf die Umsetzung des Pariser Übereinkommens und der Ziele für nachhaltige Entwicklung beziehen, als wesentlichen Teil des gegenseitigen Austauschs behandeln. Der aktuelle EU-Ansatz zur Erfüllung ihrer NDC könnte zum Beispiel so beschrieben werden, dass ein Austausch zur NDC-Implementierung in Drittländern gesucht wird. Auch das finanzielle Engagement sowie die Beteiligung der EU an Projekten könnte in den entsprechenden Ländern angesprochen werden. Auf diese Weise könnte die EU ihre Kontaktarbeit breiter aufstellen und gleichzeitig ihre Strategie der Klimadiplomatie verfolgen und sicherstellen, dass sie dabei immer eine einheitliche Sprache spricht. Die auf den parlamentarischen Missionen gewonnenen Erkenntnisse sollten im Rahmen eines Berichtssystems strukturiert und in einen kontinuierlichen Dialog mit den Partnerländern eingebracht werden.

Strategische Partner der EU im Bereich Klimadiplomatie

Aufgrund ihrer mehrschichtigen Struktur und ihrer Institutionen ist die EU der einzige außenpolitische Akteur ihrer Art und gleichsam dazu prädestiniert, sich an unterschiedliche Akteure auf verschiedenen Ebenen zu richten. Neben der Fortführung und Stärkung bestehender Partnerschaften einerseits sollte sich die EU andererseits um neue Partnerschaften und Bündnisse auf der ganzen Welt bemühen. Obwohl dabei nach Möglichkeit zunehmend ambitioniert vorgegangen werden sollte, ist der Ansatz an die jeweiligen Kapazitäten der Partner anzupassen.

Da die Umsetzung des Pariser Übereinkommens und der Ziele für nachhaltige Entwicklung

nicht nur politische Bemühungen erfordert, sondern auch andere Interessenträger intensiv betrifft, müssen außerdem zivilgesellschaftliche Organisationen, die Wissenschaft und die Privatwirtschaft zu den strategischen Partnern der EU zählen. Dies gilt insbesondere auf lokaler und regionaler Ebene, wo die praktische Umsetzung der Klimaschutzmaßnahmen erfolgt.

Die Aufnahme klimadiplomatischer Beziehungen kann als Anknüpfungspunkt für den Austausch mit Partnern dienen, mit denen es in anderen Bereichen viele strittige Themen gibt. Zu den strategischen Partnern der EU sollten deshalb auch Länder zählen, bei denen die Klimadiplomatie den Weg für eine intensivere Zusammenarbeit und Vertrauensbildung ebnen könnte; so wird der Multilateralismus als Rahmen für die internationale Zusammenarbeit gestärkt oder sogar erneut etabliert.

Im Rahmen internationaler Organisationen sollte die EU ein aktiver Akteur bleiben und die jeweiligen Tagesordnungen weiterhin maßgeblich mitbestimmen. Rahmenstrukturen wie G7 und G20 sollten vermehrt zur Bestimmung gemeinsamer Klimaverpflichtungen und zur Entwicklung internationaler Leitlinien genutzt werden. Klimabündnisse wie die Koalition der hohen Ambitionen sollte die EU auffrischen beziehungsweise neu etablieren und gemeinsame Erklärungen für konkrete Klimaversprechen und -maßnahmen initiieren. Die EU-Partnerschaften mit ACP, AU, ECOWAS, ASEAN und MERCOSUR sind in diesem Bereich zu stärken. Auch die bilateralen Beziehungen mit Schwellenländern, Entwicklungsländern und schwachen Staaten müssen in einer gezielten EU-Klimadiplomatie eine vorrangige Rolle einnehmen.

Strategische Prioritäten der Klimadiplomatie-Agenda der EU

Die Klimadiplomatie der EU sollte thematische Prioritäten setzen, bei denen Zusammenarbeit und diplomatische Bemühungen besonders essentiell beziehungsweise erfolgversprechend sind und hinsichtlich derer die EU über Erfahrung und Sachkompetenz verfügt.

Der Klimawandel hat nicht nur schwerwiegende Auswirkungen auf die Natur und das Lebensumfeld der Menschen, sondern stellt eine immer größere Bedrohung für Frieden und Stabilität dar, da er bestehende Gefahren oft um ein Vielfaches verstärkt und bestehende Konflikte verschärft. Die Bemühungen der EU im Bereich Klimadiplomatie sollten sich auf den Zusammenhang zwischen Klimawandel und Migration konzentrieren, der für die Sicherheit und Stabilität in und außerhalb der EU eine immer größere Bedrohung darstellt. In Zukunft muss sich die Klimadiplomatie-Agenda der EU mit Präventionsmaßnahmen sowie einer verbesserten Gefahrenbewertung befassen, welche einen zentralen Teil der gemeinsamen Bemühungen von EU-Institutionen und Mitgliedstaaten darstellen müssen. Dies wird die Konfliktverhütungsstrukturen in der Außenpolitik der EU und der Mitgliedstaaten stärken.

Über die Sicherheitsdimension hinaus könnten zu den möglichen Prioritäten Partnerschaften zu relevanten Themen wie Kohlenstoffpreise, Klimaschutzfinanzierung, die schrittweise Einstellung von Subventionen für fossile Brennstoffe sowie saubere Technologien zählen. Die durch die Schaffung, Anpassung und Betreibung ihres CO₂-Marktes gewonnene Kompetenz der EU wird ergänzt durch die Erfahrung aus dem Abkommen über die Anknüpfung des Schweizer Emissionshandelssystems und anderen internationalen Kooperationsprojekten. Dies sind beste Voraussetzungen, damit die EU in einer Vorreiterrolle die Bemühungen von Drittstaaten zur Kosteneinpreisung von CO₂-Emissionen unterstützen und sich weiter an der internationalen Koordinierung von CO₂-Märkten beteiligen kann, um diese mittelfristig besser miteinander in Einklang zu bringen und langfristig einen internationalen CO₂-Markt zu schaffen.

